

Schwedter Tageblatt

Bekundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einseitige Seite mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 85

Donnerstag, den 10. April 1930

37. Jahrgang

Chronik des Tages.

* Mit großer Mehrheit wurde im Steuerauschuß des Reichstages die Vorlage über die Biersteuerverhöhung abgelehnt.

* Von zahlreichen Zollschützern der Franzosen und einem starken Druck auf die Bergarbeiter, daß deren Kinder die französische Volksschule besuchen, berichten die Blätter im Saargebiet.

* Der frühere Staatspräsident von Baden, Professor Hellpach, machte in Köln Propaganda für die Gründung einer konservativen Volkspartei.

* Unter sehr großem Andrang fand in Berlin die Jubiläumstagung des deutschen Industrie- und Handelstages statt.

Erhöhung der Umsatzsteuer!

Das neue Steuerkompromiß. — Nur 50 Prozent Erhöhung der Biersteuer. — 1,35 Prozent Warenhaussteuer.

Berlin, 10. April.

Das Reichskabinett hat am Mittwochabend wieder mehrere Stunden mit den Parteiführern verhandelt. Gegen 9 Uhr abends führten die Beratungen zu dem Ergebnis, daß zwischen allen Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei eine Einigung über das Deckungsprogramm zustande kam. Die anderen Parteien waren der Bayerischen Volkspartei entgegengelaufen, indem sie die Biersteuerverhöhung statt der ursprünglichen 75 Prozent auf 50 Prozent begrenzen mit der weiteren Beschränkung, daß die kleineren Betriebe mit einer Jahresproduktion bis zu 10 000 Hektolitern von der Biersteuerverhöhung frei bleiben sollen. Die Bayerische Volkspartei hielt aber an ihrem Standpunkt fest. Sie wollte im besten Falle 30 Prozent bewilligen. Auf alle Fälle werden die übrigen Regierungsparteien am Donnerstag im Reichstage das Kompromiß in Form eines Initiationsgesetzes einbringen.

Es sieht außer der 50prozentigen Biersteuerverhöhung eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 Prozent vor und für Umsätze über eine Million einen Zuschlag von 0,50 Prozent, so daß also die Umsatzsteuer für Warenhäuser 1,35 Prozent beträgt. Die Tabaksteuernovelle wird in das Initiationsgesetz in der Form hineingebracht, daß der Verwaltungsbeitrag nicht 1 Prozent, sondern $\frac{1}{2}$ Prozent ausmacht. Ferner wird die Mineralwassersteuer wiederhergestellt und gewisse Ermäßigungen, wie beim Petroleumzoll in Aussicht genommen worden waren, fallen fort.

Nach den Berechnungen der Finanzfachverständigen ist das Defizit des Reichshaushaltes gedeckt.

Die Biersteuerverhöhung soll 148 Millionen erbringen, wovon 93,2 Millionen auf das Reich und 54,8 Millionen auf die Länder entfallen. Bei der allgemeinen Umsatzsteuer wird mit einem Mehrertrag von 110 Millionen gerechnet, wovon 77 Millionen für das Reich und 33 Millionen für die Länder bestimmt sind. Aus der Warenhaussteuer werden 27 Millionen erwartet. Davon entfallen 19 Millionen auf das Reich und acht Millionen auf die Länder. Insgesamt wird mit einem Ertrag von 532 Millionen gerechnet, davon für das Reich 356,2 und für die Länder 175,8 Millionen Mark.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Abstimmung am Schluß der zweiten Lesung der Deckungsvorlage bereits Donnerstagabend erfolgen kann. Die Haltung der Deutschnationalen wird nach der Ansicht parlamentarischer Kreise mit davon abhängen, ob es gelingt, zunächst einmal innerhalb der Regierungsparteien eine einheitliche Front herzustellen, d. h. also, die Bayerische Volkspartei zur Unterstützung des Finanzprogramms zu bewegen. Auf der Fraktion der Bayerischen Volkspartei ruht nach der Ansicht der anderen Regierungsparteien eine schwere Verantwortung, weil es von ihr abhängt, ob der Reichstag doch schließlich aufgelöst werden muß oder ob die Regierung ihre Arbeit ohne Störungen fortsetzen kann. Es ist anzunehmen, daß diese Erwägung bei den Beratungen der Bayerischen Volkspartei eine erhebliche Rolle spielen wird.

Die dritte Lesung der Finanzgesetze wird, wenn die Donnerstag-Abstimmung eine Mehrheit ergibt, voraussichtlich am Sonnabend stattfinden. Am Freitag würde die erste Lesung der Agrarvorlage zurückgeschoben werden. Sie könnte dann am Montag und Dienstag beendet werden, so daß das Deckungs- und das Agrarprogramm also noch vor Ostern geregelt sein würde.

Die Industrie gegen Schieles Programm.

Richtlinien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Berlin, 10. April.

Zum Agrarprogramm Schieles hat der Reichsverband der Deutschen Industrie Richtlinien ausgearbeitet, die der Reichsregierung zugeleitet worden sind. Darin heißt es:

„Die aus der Presse bekanntgewordenen Einzelheiten des Agrarprogramms des Herrn Reichs ernährungsministers

veranlassen die deutsche Industrie, ernste Bedenken geltend zu machen.

Diese Bedenken erstrecken sich im Augenblick auf folgende Punkte:

1. Ein elastisches Zollsystem für Getreide ohne Bindung nach unten oder oben macht jede sichere Disposition für den Handel mit diesen Produkten unmöglich und bringt eine außerordentliche Beunruhigung in den inneren Markt und die Handelsbeziehungen zu den übrigen Ländern.

2. Die Absicht, der Regierung die Ermächtigung zu geben, den Preis für den Wert der Einfuhrscheine unabhängig vom Zoll beliebig nach oben zu erhöhen, halten wir für äußerst bedenklich. Es muß an der schon festgelegten Grenze von 60 Mark pro Tonne als oberstem Wert des Einfuhrscheins unter allen Umständen festgehalten werden.

3. Die beabsichtigte Erhöhung des Richtpreises für 50 Kilogr. Lebendgewicht für Schweine von 70 Mark auf 75 Mark ist äußerst bedenklich. Weder die gegenwärtigen Produktionskosten in Deutschland noch die bestehenden Preisrelationen gegenüber den konkurrierenden Ländern rechtfertigen zurzeit eine solche Maßnahme. Vor allem aber würde sie im Augenblick auf die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages, die wir unter allen Umständen fordern, außerordentlich störend einwirken.

4. Die Wiedereinführung des § 12 des Fleischbeschgesetzes bringt Deutschland gegenüber den Handelsvertragsländern, die als Fleischimportländer in Betracht kommen, in eine äußerst bedenklich schwierige Lage, die handelspolitisch zu den schlimmsten Konsequenzen führen kann.

5. Die Aufhebung des Gefrierfleischkontingents bringt die deutsche Industrie in ihren Handelsbeziehungen mit Argentinien in besondere Schwierigkeiten.

6. Die beabsichtigte Zollserhöhung für Weizen, auch wenn damit im Augenblick eine Kündigung der Handelsverträge mit denjenigen Ländern nicht beabsichtigt ist, gegenüber denen der Weizen Zoll gebunden ist, muß notwendig zu einer Bewegung führen, die unter Umständen zu einer Kündigung der Handelsverträge drängt.

Wir haben unsere Bedenken gegenüber diesen Teilen des Agrarprogramms deshalb ganz besonders hervorgehoben, weil wir in der Durchführung solcher Maßnahmen auf der einen Seite keine geeignete Hilfe für die Landwirtschaft sehen und auf der anderen Seite die größten Besorgnisse deshalb haben müssen, weil dadurch in die innere Preisentwicklung für die Ernährung in Deutschland eine derartige Beunruhigung gebracht wird, die naturnotwendig zu einer allgemeinen Preiserhöhung, zur Erhöhung der Getreidekosten und im Zusammenhang damit zu Lohnforderungen führen muß, die letzten Endes nicht in eine Ermäßigung der Ziffer der Arbeitslosen, sondern in eine gewaltige Erhöhung der schon jetzt bestehenden riesigen Arbeitslosigkeit ausmünden müßten.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie ist überzeugt, daß kein anderer Stand stärker an der Befundung der Landwirtschaft interessiert sein kann als die Industrie. Er tritt für eine schnelle und ausreichende Hilfe der Landwirtschaft ein. Der Reichsverband kann jedoch nur solchen Maßnahmen zustimmen, die eine brauchbare Hilfe für die Landwirtschaft bedeuten, und die nicht die übrigen Wirtschaftszweige allzu sehr belasten. Aus dieser Erwägung heraus hat der Reichsverband sein Votum zu den Vorschlägen des Reichs ernährungsministers abgegeben.

Schulterror im Saargebiet.

Zollschützern der Franzosen.

Saarbrücken, 10. April.

Ganz im Gegensatz zu der Verschleppungstaktik der Franzosen bei den Verhandlungen in Paris zeigt sich bei ihnen im Saargebiet selbst eine sehr lebhaft gesteigerte Tätigkeit, die sich zunächst mal darin äußert, daß durch eine neue Klasseneinteilung der Hölle eine wesentliche Verteuerung vor allem der Möbelleinfuhr aus Deutschland eingetreten ist, die besonders in Handelskreisen zu lebhaften Klagen geführt hat.

Noch schlimmer äußert sich in der letzten Zeit ein sehr starker Druck, der auf die Bergarbeiter ausgeübt wird, um diese, wie wiederholt schon vergeblich versucht, zu veranlassen, ihre Kinder in die französischen Schulen zu schicken. Die Werber arbeiten genau wie früher mit allen Mitteln, um ihre Drahtzieher zu befriedigen. Man spricht von Vergünstigungen, die mit der Anmeldung der Kinder zur französischen Schule verbunden sind, droht aber gleichzeitig mit Nachteilen für diejenigen, die sich weigern sollten, ihre Kinder zur französischen Schule anzumelden. Gerade die Drohung, daß der Bergarbeiter Arbeit und Wohnung verlieren würde, hat bewirkt, daß die Anmeldungen zu den französischen Schulen wieder erheblich zugenommen haben.

In der einheimischen Presse wird angeichts dieser Tatsache dazu aufgefordert, Versammlungen im ganzen Saargebiet zu veranstalten, ferner Beschwerden an die Regierungskommission und an den Völkerbund zu richten, damit unter allen Umständen diesem gesetzwidrigen Treiben Einhalt getan werde. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß durch dieses Vorgehen der Franzosen eine friedliche Verhandlung über die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse im Saargebiet bestimmt nicht gefördert werden kann.

Politische Rundschau.

Eine fünfte kommunistische Geheimdruckerei ermittelt. In Berlin wurde eine fünfte kommunistische Geheimdruckerei ermittelt, die sich ebenfalls mit der Herstellung von Zerkungschriften befaßt hat.

Unruhen in Trapezunt? In Trapezunt soll ein großer Aufstand ausgebrochen sein, der sich gegen Verwaltungsmaßnahmen Mustafa Kemal Paschas richtete. Die Lage wird als ernst bezeichnet.

Abnahme der Arbeitslosenziffer in Oesterreich. Ende März 1930 wurden in Oesterreich insgesamt 239 094 unterrichtete Arbeitslose gezählt. Im Vergleich zur letzten Zählung ergibt sich eine Abnahme um rund 36 600 Personen.

Ein vorläufiges deutsch-ägyptisches Handelsabkommen.

Berlin, 10. April. Am 25. März ist in Kairo durch Noten- und Austausch zwischen der deutschen Gesandtschaft und dem ägyptischen Außenministerium ein vorläufiges Handelsabkommen beschlossen worden, das für den gegenseitigen Warenverkehr die Meistbegünstigung vorsieht. Das Abkommen, das mit dreimonatiger Frist gekündigt werden kann, bedarf noch der Ratifizierung und tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Bis zum Inkrafttreten behandeln sich beide Länder übrigens wie bisher als Meistbegünstigt.

Hintak gegen Beneß.

Präsbürg, 10. April. Der Führer der slowakischen Volkspartei, Hlinka, veröffentlicht einen Artikel, in dem er sich mit verschiedenen politischen Gerüchten befaßt, so z. B. damit, daß die slowakische Volkspartei vom Außenminister Beneß einen Betrag von 2 Millionen Kronen zur Errichtung einer Druckerei erhalten habe. Hlinka behauptet, die slowakische Volkspartei habe nie von Dr. Beneß Geld erhalten. Was die Zahlung der Abolatenhonorare im Tula-Prozess anbelangt, werde weder er noch die Partei diese Honorare bezahlen, da sich Tula als Professor der Rechtswissenschaften selbst hätte verteidigen können. Außerdem sei auch kein Jurist oder Advokat imstande, denjenigen zu verteidigen, gegen den die tschechoslowakische Staatsmacht siege.

Bevölkerungsstatistik in Frankreich.

Paris, 10. April. Die sieben veröffentlichte Statistik der französischen Bevölkerungsbewegung für das Jahr 1929 zeigt gegenüber dem Jahre 1928 einen Rückgang der Geburtenziffern, der Eheschließungen und eine Zunahme der Ehescheidungen. Während im Jahre 1928 der Geburtenüberschuß 70 000 Menschen betrug, schließt das Jahr 1929 mit einem Rückgang von 12 564 ab.

Vom Konflikt der nationalen Bauernpartei Rumaniens.

Buzarest, 10. April. Der Kongress der bekarabischen Abgeordneten und Vertreter der nationalen Bauernpartei ist nach dreitägiger Dauer beendet worden. Er beschloß mit großer Mehrheit, sich mit Professor Stere solidarisch zu erklären, aber aus der nationalen Bauernpartei nicht auszutreten. Die 36 Abgeordneten des bekarabischen Flügels haben beschlossen, in der Partei zu bleiben und sie gegen die Regierung zu unterstützen. Elf Abgeordnete haben beschlossen, auch nach dem Austritt Steres aus der nationalen Bauernpartei in der Partei zu bleiben, ohne sich dem bekarabischen Flügel anzuschließen.

Gorki stellvertretender Volkskommissar?

Moskau, 10. April. Der russische Dichter Maxim Gorki wird seinen Wohnsitz in Italien aufgeben und wieder nach Moskau übersiedeln. Gorki wird seine Rückreise im Mai antreten und für die Arbeit des Volkskommissariats für Aufklärung in der Sowjetunion herangezogen werden. Man erwartet, daß Gorki zum stellvertretenden Volkskommissar für Volksaufklärung ernannt werden wird.

Hugenbergs Haltung gebilligt.

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei nahm am Mittwoch einen Vortrag des Parteivorstandes über die gegenwärtige politische Lage entgegen, wobei Hugenberg besonders die Haltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion bei den letzten innerpolitischen Auseinandersetzungen begründete. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschlußfassung gefaßt:

„Die Parteivertretung billigt die Beschlüsse des Parteivorstandes. Sie spricht ihrem Führer Dr. Hugenberg und dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Dr. Oberföhrer ihr volles Vertrauen aus.“